

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

**Republik. 1918-1930
38 (1924)**

37 (13.2.1924)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-475920](#)

Die „Republik“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Der Abonnement-Preis beträgt für die Zeit vom 1. bis 15. Februar 85 Pfennig frei Haus, für Abholer von der Expedition Petersstraße Nr. 70 80 Pfennig, durch die Post bezogen für den Monat 1. Februar 3.00 Goldmark.

Republik

Norddeutsches Volksblatt - Sozialdemokratisches Organ für Oldenburg-Ostfriesland - Oldenburger Volksblatt

Hauptredaktion: Petersstraße 70,
Fernsprecher Nr. 58

Wilhelmshaven-Rüstringen, Mittwoch, 13. Februar 1924 • Nr. 37

Preis 10 Pfennig

Raseigen-Grundpreise: Millimeter-Seite 20, sechs Seiten für Kästen-Wilhelmshaven und Umgegend 5 Pf. Familienanzeigen 3 Pf. für Anzeigen ausserdem. Inseraten 7 Pf. f. Kleinanzeigen d. Millimeterseite 25 Pf. Goldmark bei sofortiger Bezahlung zu dem am Zahlungs-Tage lebhaften amtlichen Berliner Preis - Kurz

Redaktion: Petersstraße 70
Fernsprecher Nr. 58

Wohin gehört die Frau?

Es scheint, als sei diese Frage nicht mehr diskutabel. Vor 20 und 30 Jahren, als die Frauen noch um Universitätsstudium, um das Bedürfnis in „gebundenen“ Berufen, vor allem um das heilkunstliche Wahlrecht kämpften, da wurde ihr für und Wider in Artikeln und Redebüchern leidenschaftlich debattiert. Aber heute, in einer Zeit, wo ein Nierenheer von weiblichen Arbeitern in früheren männlichen Berufen steht, Studentinnen die Hochschulen besuchten, es bereits eine beträchtliche Anzahl Juristinnen, Professorinnen, ja neuerdings einen weiblichen Diplomaten gibt, wo die Frauen in Staat- und Gemeinderäten eingesetzt und in fast allen Kulturstationen wohlberechtigte Staatsbeamten geworden sind, deutet sich diese Frage wohl nicht mehr allzuviel.

Ja, es scheint so. August Bebel gab bereits vor 20 Jahren die Antwort, die jeder klugenweisse Sozialistin noch heute als die einzige richtige empfindet. Die Frau gehört, ebenso wie der Mann, auf den Platz der Arbeit. Sie gehört nicht nur das ganze Glück der Familie und des Heims, sondern die beglückende Freiheit der weiten, schönen Welt, das Reich der Menschheit, der Kultur. Sie gehört die aktive Teilnahme am rechtlichen und finanziellen Leben. Und in der Konsequenz ihrer Denkweise gaben die deutschen Sozialisten 1919 den Frauen das Recht zur Wahl und zur Mitarbeit an Regierung und Parlamenten.

Wenn nun auch die Arbeiterparteien und ihre Böhrermeister ein ganz erhebliches Kontingent aller Staatsbürger darstellen, so gibt es doch noch eine erheblich große Zahl von Männern und Frauen, die die gestellte Frage in einem anderen als im Sinne klugenweisser Sozialisten beantworten werden. Es gibt im Zeitalter der Frauenemancipation noch Hunderttausende, die als Antwort die rostlose Photo in Weltgesellschaft haben: „Die Frau gehört ins Haus! Sie hat nichts in den Berufen der Männer zu suchen, sich nicht um Wissenschaft und vor allem nicht um Politik zu kümmern. Das sind althergebrachte männliche Privilegien. Hausfrau und Mutter sind ihre natürlichen Berufe, die Familie ihre Interessensphäre. Wenn weiblicher Genius gezeigt nur die Vorsichtswirkung mit den schönen Ämtern und der Religion.“

Zuerst sind die männlichen Privilegien gar nicht so ewig, wie es aussieht, denn in der Zeit des Mutterrechts war die Frau die Herrin ihres Hauses und gesellschaftlichen Lebens, und in ihren Händen liegt bei wilden Völkern noch heute das wichtige Amt des Ackerbaus. Aber die Argumente wären noch unecht, wenn sie aus den Männern gegeben würden. Aber großartig und beinahe unverständlich ist es, daß neben den noch immer dünnen Schichten der modernen, nach geltiger und wirtschaftlicher Befreiung strebenden Frauen eine erstaunende Schar von Frauen steht, die mit dieser Lösung der Frage sehr zufrieden sind, die es vor allem sehr bequem machen, daß ihnen durch den Mann die Last des Haushalts über Politik und Regierungsfragen genommen ist. Diese Frauen sind auch mehr als die Männer, die der denkenden Frau wenigstens meine Achtung entgegenbringen, die größten Feinde ihrer aufstrebenden Geschäftsfrauen, nämlich Neuerungen, allem Fortschritt sowie ihrer mühnsaftig und hindern im Wege, sie bilden eine schwer un durchdringbare Wallburg gegen den Gedanken der Befreiung der Frau durch den Sozialismus.

Jede sozialistische Agitatorin ist sich klar darüber, daß dieser harte Boden unerhörte Verwirrung erzeugt. Erst mit der Gewinnung aller arbeitenden Frauen ist die rechtslose und fruchtbringende Durchsetzung des sozialistischen Gedankens, geschafft. Die gegenwärtige wirtschaftliche Entwicklung, die immer größere Scharen weiblicher Arbeitskräfte in das Herz des Industrieproletariats entzieht, die immer mehr Frauen aus ihrem häuslichen Dasein und aus gerüstigem Vegetieren herauszieht, die den Erfolgstand des männlichen Dienstes erschwert, sein Entzünden und damit das Werthöchstgefühl des Herren erledigt, wird vielen Frauen bitteren, aber heilsamen Anstrengungsunterhalt geben.

Die bürgerlichen Parteien, vor allen die Konservativen, haben sich den Konservativismus der Frauen sturzlos zuwuhren gewusst. Ihre Vertreter, ihre Zeitungen sind voller Warnungen vor dem „sozialistischen Gespenst“, das die Frau aus dem Frieden ihres Heims reißen, die leichte Räthmaschine ausprobierten, die hellgestalteten Güter der Menschheit, Religion, Sitten und Brauche und vor allem die traurigen Bunde des Familienebens, zerstören will. Bei den unaufgeregten Frauen, die politisch wahre Kinder sind und vom Sozialismus keine kleine Übung entgegenbringen, die größten Gefahren dieser aufstrebenden Geschäftsfrauen eingeschaut, seitdem Gewerkschaften und damit das Werthöchstgefühl des Herren erledigt, wird vielen Frauen bitteren, aber heilsamen Anstrengungsunterhalt geben.

Der reaktionäre Verhalten der Frauen bei den Wahlen, das sich teilweise in Abstinenz, teils in der Wahl bürgerlicher Kandidaten äußerte, bei dem manchem die Überlegenheit aufkommen lassen, doch das Frauenwahlrecht heute verfehlt ist und es im proletarischen Interesse liege, es vorzuhalten. Die belgische Sozialdemokratie hat daher mit Rücksicht auf die Interessen der Frauen

Reichsregierung und Kriegsopfer. Abschiebung der Kosten auf die Länder und Gemeinden. — Ein Protest der Kriegshinterbliebenen und Kriegsbeschädigten.

(Eigene Berliner Drahtmeldung.) Die Reichsregierung will durch eine Verordnung auf Grund des Ermächtigungsbeschlusses noch vor dem 15. Februar die gesamte Fürsorge für Kriegsrentner, Sozialrentner und Kleinerrentner, die eine Reichsaufgabe darstellt, auf die bisherigen Landesverbände übertragen. Die Fürsorgeverbände müssen unmittelbar werden sollen, übertragen. Die Finanzierung soll ausreichend durch die Länder und Gemeinden erfolgen. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsheilanstalten und Kriegshinterbliebenen, der Deutsche Rentnerbund (Kleinerrentner) und der Zentralverband der Insassen und Mitnassen Deutscher Sozialversicherung haben, um sie mit der Abschaffung nicht zusammenhängen ein Einvernehmen an den Reichsvertrag, der die Verhandlung fortsetzt. Folgende Tatsachen erlauben dies: Die untersteinsten der maßgebenden Organisationen erlauben in letzter Stunde an den Zuständigkeiten bei Weise des Reichsgerichts bestreitbar die Kriegsfolgenrente, Kriegsrentner, Sozialrentner und Kleinerrentner festzuhüten, da Röhrdanz in den Fällen des Krieges begünstigt. Reich muss Finanzierung in bisheriger Verhältnis erhalten. Daher entstehende Belastung muß bei Finanzausgleich berücksichtigt werden.

Die Differenzen auf den Werken.

Die von den Arbeitgebern der Seehafenwerke vorgelegten genauen Verhandlungen zwischen den Parteien über die Reorganisation der Arbeitszeit sind nicht zustande gekommen. Die norddeutsche Gruppe des Gewerkschaftsbundes deutscher Metallindustriearbeiter hat daher zur Durchführung der Schulungsvorlesungen die Beisetzung eines besonders qualifizierten Schichters beim Reichsverkehrsministerium beantragt. Dieses hat jetzt die Streitigkeiten dem Schichter für den Besitz Hamburg übertragen.

Es war die höchste Zeit.

(Münchener Eigenmeldung.) Der wegen schwimmer Dinge verurteilte Amtsgerichtsrat Albrecht Röhl hat nunmehr seine Konsequenzen aus seiner Nachregelung gezogen, indem er bei seiner vorgesetzten Behörde vor Berufung in den Ruhestand versuchslos bat. Er hat bereits am Dienstag seine Tätigkeit als Beamter eingestellt.

Preußische Landbürgermeistereien.

(Eigene Berliner Drahtmeldung.) Der Auskunftspreußischen Landtages zur Beratung am Dienstag in der Frage der Schaffung von Landbürgermeistereien folgenden Beschluss: Landbürgermeistereien werden in den Provinzen eingesetzt, in denen der Provinzialstaat die Bildung der gesamte Gehalt der Provinz beeinträchtigt. Dieser Beschluss muß mit mindestens 2/3 der abgegebenen Stimmen gefasst werden.

Wenn der russische Kubel rollt.

(Dresdener Meldung.) Unter aufsehenerregenden Umständen verabschiedet der Regierungsrat Groß von Ministerium des Innern verboten worden. Gleich ist dem Dresden-Kubel über Syber gestellt. Er wird beschuldigt, der R.P.D. seit längerer Zeit vertrauliche Informationen weitergegeben und geheime Schriftenstücke ausgetauscht zu haben.

Aus Dresden wird nach gemeldet: Die R.P.D. fordert ihre Anhänger durch Kundgebungen und Mauerkundgebungen in Dresden und Umgebung auf, am Mittwoch an einer Straßendemonstration gegen die Verlängerung der Arbeitszeit teilzunehmen. Für die Polizei ist daraufhin der erhöhte Alarmzustand befohlen

eine Ausdehnung des weiblichen Wahlrechts auf die Provinzwahlen abgelehnt.

Hätten die früheren bürgerlichen Wideracher des Frauenstimmrechts diesen Erfolg gehabt, so hätten es den Frauen keinen Tag vorbehalten. Und es wiekt wie eine Kranie der Geschichte — wenn soziale Revolutionäre Faschinenhauptlinge wie Mussolini und Primo de Rivera den Frauen ihrer Länder als Morgenrotte das Wahlrecht präsentieren. Die italienischen und spanischen Frauen stehen ganz im Parallelnomos und die Militärdiktatoren haben von ihnen eine Enttäuschung, wenn sie jetzt ihre Wahlparlamentarische festigen wollen, sicher nicht zu fürchten.

Das Frauenstimmrecht ist ein so prinzipieller Programmpunkt der Sozialdemokratie, daß sie ihn niemals aus partizipativen Gründen fallen lassen sollte. Nur dadurch, daß die Frauen durch das Stimmrecht zu verantwortlichen Staatsbürgerinnen verpflichtet werden, kann die Agitation, die Aufklärungsarbeit unter ihnen erst voll eingeschlagen. Auch die Erfahrungen mit dem männlichen Wahlrecht waren anfangs nicht verhältnismäßig. In Deutschland ist ja auch — im Gegensatz zu England und Amerika — der Parlamentarismus und damit das politische Leben noch verhältnismäßig jung. Die klassischen Wahlmethoden dieser Länder, das irrtümliche Suffragetentum waren vor dem Kriege eine unerträgliche Suffer unter Wählern. Aber der Erfolg entscheidet. Die englische Arbeiterpartei holte bei den Frauen der arbeitenden Bevölkerung glänzende Erfolge. Und auch bei uns verlor man mit dem Eingang der Wahlstimmrechte um, die Angst vor der Pointe auf der Straße.

Es sollte für die deutsche Sozialistin ein Ansporn sein, nicht müde zu werden, neue Kampfgenossinnen zu werben, wenn sie

worden. Das Polizeipräsidium warnt, an verbotenen Umzügen und Versammlungen unter freiem Himmel teilzunehmen.

Die Reparationsfrage.

Aus Brüssel wird gemeldet, daß der deutsche Gesamtdelegierte Rückzug am Montag nachmittag beim deutschem Außenminister einen Schein unternommen hat, der an den am Montag geführte Unterredung zwischen dem Ministerpräsidenten Poincaré und dem belgischen Botschafter antritt und den mit dessen Ernenntung zusammenhängenden Formalitäten entpricht. Hingegen ist das nach dem „Antwortantrag“ der Gesamtdelegierte nach einem auf das Interesse der deutschen Regierung an den Reparationsforderungen durch die belgischen Sozialverbänden verzweifelt haben soll.

Die Hyänen des Schlachtfeldes.

Eine Pariser „L.A.“-Meldung berichtet: Der Präsident für die Revision der Reparationsdebt hat erklärt, daß die Prüfung der ersten 150 Reparationsfälle bei zwei Dritteln unerlässliche Untersuchung ergeben hätte.

Eisenbahnerstreik im Westen.

(Eigene Drahtleitung aus Bremen.) Trotzdem die Brabianus über Deutsches Eisenbahn-Verbandes am 26. und 27. Januar über Ausschluß oder Abschaltung der verhinderten Arbeitnehmer bei der Reichsbahn eine Weisheit für einen Streikstreit nicht ergeben, sind in Dagen und Elberfeld Tolle der Eisenbahn auf den Eisenbahnbehörden in den Streik getreten. Die Streikenden entließen die Ausführung der verhinderten Arbeitnehmer unter allen Umständen abtreten zu wollen. Neben den Streik, der von der Organisationsleitung nicht gebilligt wird, sind Verhandlungen zwischen Gewerkschaften und Streikenden im Gange.

Eine sehr berechtigte Anfrage.

(Halleiner Eigenmeldung.) Der Halleiner Bergarbeiterverband hat ein offenes Schreiben an den Reichsarbeitsminister gestellt. Er fragt an, ob Rechtsprechungen verhinderten Arbeitgebervertretete vor Gericht zu Recht erlost sind, wen noch das Ministerium geheime Abmachungen mit den Arbeitnehmern schließen will. Bekanntlich ist die Frage der Arbeitnehmerlängarbeitszeit der Bergarbeiterverbänden an vielen Orten von den Arbeitnehmern militärische oder politische auf betriebliche Abschüttungen gelöst worden. Es wäre nicht zu verstehen, wenn das Reichsarbeitsministerium in dieser vielschichtigen Frage nur eine Partei hören und sich auf ihren Beden stellen wollte.

In der Südwürttembergischen Kommunalpolitik nach Wien wird auch die Nürter Oberbürgermeister Dr. Lucken vorgenommen.

In Bremen wurde gestern der Senator Rössig mit 9.000 M. der Statutar Weisen mit 9.500 M. belohnt. Die Preise haben eine kleine Steigerung erlitten, der Dollart steht, wie bisher, auf 4.20 M.

Der Reichslandtag, die Handelskammer zu Berlin sowie die preußische Landwirtschaftskammer haben beim Reichsjustizminister gegen die im Begründungswege geplante Reform des Zivilprozeßes Einspruch erhoben.

In den pfälzischen Städten ist die deutsche Polizei wieder bewaffnet.

hört, daß auch unter den verschlafiven, entzögten Frauen des feinen Ostens, den Frauen Japans, Chinas, der Türkei, deren Zug mit dem unsern ja gar nicht vergleichbar ist, den Gedanke des Sozialismus eingesetzt, daß auch dort leidenschaftlich für die Frauenbefreiung gekämpft wird.

Auch der Block der konservativen Frauenmassen bei uns muß zu sprengen sein. Nicht um die Frauen der bestehenden Kreise, jener Luxusfrauen und die gebildeten höheren Töchter, die zwar auch für Gleichberechtigung mit dem Manne, aber nur auf dem Boden der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung einzutreten wollen wie werden. Aber in unsere Front gehören alle diejenigen Frauen, die als Arbeiterinnen und handfeste Hausfrauen neben den Männern zusammen die große Klasse der Arbeitnehmerchaft bilden. Die Frauen und Mädchen des Mittelstandes und des noch nicht organisierten Proletariats gilt es zu gewinnen, denn sie gehören ihrer Wirtschaftslage nach, und das ist das Auschlaggebende, in die Arme der Arbeiterschaft, die, wenn sie klugenweise und geschickt kämpft, ihre Ziele für die Befreiung der Menschheit und damit der Frau restlos durchführen wird.

Höhe Ziele gilt es zu erreichen! Nicht nur in Fleiß und Willen gehört die Frau, wenn es zur Wahlkunst geht, die Deligierten geben nicht nur in die Parlamente, um weiter im althergebrachten Sinne zu würteln, um das alte bürgerliche Gesellschaftsrecht mit einigen neuen Zügen zu versehen! Es gilt mehr! Es gilt die Kraft der Frau aufzubringen zu mögen für die rostlose Umwälzung der Verhältnisse, in denen es möglich war, daß Mensch von Mensch, Geschlecht durch Geschlecht unterdrückt wurde, für eine Neugestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne!

Die Wahlen in Thüringen.

Das Preßteam Thüringen teilt mit: Nach den bis heute vorliegenden amtlichen Schätzungen der Abstimmungsergebnisse für die thüringischen Landtagswahlen werden auf den Eröffnungsbund 34, auf die B.S.D. 16 (als ein Sitz mehr als sicher gemacht), auf die Kommunisten 13 und auf die Deutschnationalen 6 Abgeordnete entfallen.

Die Wahlen in Thüringen geben der bürgerlichen Presse begeisternderen Stoff zu politischen Beratungen. Nach dem ersten Jubel über die Niederlage der Sozialdemokratie kommt jetzt der Regenjammer. Ichon bei Betrachtung der Frage, was denn nur werden sollte. Die Demokratie habe sich zwar in Thüringen dem Eröffnungsbund verschrieben, aber jetzt glauben sie, glatt davon wieder loskommen zu können. Der parteiliche "Demokratische Zeitungsdienst" schwärmt sich nach den Wahlen — zu dem Verhältnis auf, das der Eröffnungsbund die widerstreitenden Elemente von den Demokraten bis zu den politisch gefährlichen Demokratischen umfasste. Angeredet sind darin Vertreter aller politischen und unmäßigen unpolitischen Gruppen enthalten, z. B. auch der Sportvereine. Die Parteien haben selber diesen politischen Unfug gebaut, um eine möglichst breite Front gegen die Sozialdemokratie herzustellen. Jetzt wird sich sich zeigen müssen, ob mit derartigen Elementen überhaupt Frieden zu machen ist.

Das demokratische "Berliner Tageblatt" versichert, daß „die Politik des jüngsten Eröffnungsbunds, seine „ideale Wahlplattform“ den demokratischen Zielen der sozialen Revolution zu schaden — nicht gerade vorgezeichnet habe“. Die Thüringer Demokraten haben, sagt das genannte Blatt weiter, „mit ihrer maßlosen Haltung den Sozialpartei des Reiches unmittelbar von den nachfolgenden freien Dienstern und den Freien Ämtern der Partei vertrieben“. Von den anderen Mitgliedern des Eröffnungsbunds, von den Deutschnationalen und Konservativen, die Freunde von gestern jedoch entschieden gerüft. Die Freunde der Deutschnationalen verurteilen eine entrüstete Erfahrung, wonach der Versuch, die große Koalition zu bilden, das Thüringer Wahlergebnis verfälscht habe. Der Eröffnungsbund sei nur geschaffen unter der Parole: „Kunst dem Nationalismus“, und das Meiste der Wähler würde ins Gegen teil umgedreht, wenn man den „Nationalen“ jetzt doch wieder Einfluss in der Regierung eintreten würde. Über die Zusammenlegung der thüringischen Landtagsfraktionen läufen wünschende Röhungen nebenander her. Die Demokraten verfehlten, daß ihre bisherige Deutmannerschaft durch einen Konservativen und wahrscheinlich auch durch den Beamtenvertreter Studenten führt verklärt werden würde. Dies letztere wird allerdings auch schon der Deutschen Volkspartei zugedacht, genau wieß er wahrscheinlich selbst nicht, wohin er geht. Sicher ist jedoch, daß von allen Parteien des Eröffnungsbunds der sozialen Landtag mit 12 Mandaten an der Seite der Bürgerlichen marschiert wird, doch danach erst in weitem Abstand die Volkspartei mit 8 oder 9 antreten kann. Die Demokraten werden in diesem Kreise nur eine sehr untergeordnete Rolle zu spielen haben.

Beratungen im Fünfzehnerausschuß.

Aus dem über-Ausschluß wird uns geschrieben: Im Gründungsausschuß wurde am Dienstag Abend die Verordnung über Fürsorgepflicht beraten und verabschiedet. Nach diesem Gesetz sollen die Sozialenfürsorge, die Armentfürsorge den Ländern übertragen werden. Die Kriegsbehördigungsfürsorge bleibt beim Reich. Die Organisation der Fürsorgefürsorge soll die gleiche sein wie die der Armentfürsorge. Aufgehoben werden die Gesetze über Rentenabnahmen für Rentenempfänger aus den Armeen und Angehörigenversicherung, über Kleinkreisfürsorge, über Wohlfahrtsförderung und das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt. Der Ausschluß beschloß, die Kriegsbehördigungsfürsorge wie bisher aufrechtzuhalten. Alle übrigen Fürsorgeverträge fallen auf Grund der Verordnung mehr oder weniger an die Armentfürsorge. Der Ausschluß beschloß ferner, daß Berichte aus den Kreisen der Fürsorgeberechtigten den durchsichtenden Behörden zur Seite gelegt werden sollen.

Der Ausschluß war damit einverstanden, daß der Fürsorgeverband einzelne seiner Aufgaben unter seiner Verantwortung der freien Wohlfahrtspflege übertragen kann. Die Reichsregierung kann über die Voraussetzung, Art und Weh der zu gewährenden Fürsorge Vorschriften von allgemeiner Bedeutung hierüber aufstellen. Die Sozialdemokraten verlangten dabei, daß die Fürsorgebehörden durch einen Reichsfürsorgeausschuß bei dem Erlass dieser allgemeinen Vorschriften mitwirken sollen und daß auch neben dem Reichstag der Reichstag mitgewirkt werden soll, der Fürsorgeberechtigten lehne man doch gegen die Willensbildung ab. An der Verordnung ist weiter festgelegt, daß die Unterstüzung Arbeitsfähiger von der Leistung angemessener Arbeit abhängig gemacht werden soll und daß diejenigen, die obwohl arbeitsfähig, infolge persönlicher Verhältnisse der öffentlichen Armenpflege anheimfallen oder einen Unterhaltsberechtigten anheimfallen, in einer vom Land für geeignet erklärten Anstalt oder sonstigen Arbeitsleistung zur Arbeit untergebracht werden, wenn sie derartige Arbeit verweigern oder Minderarbeit leisten. Die Abstimmung über „Minderarbeit“ entsprach einem Antrag der Demokraten. Die Sozialdemokraten lehnten selbstverständlich die Vorschläge ab. Aber selbst ihr Antrag, daß in diesen Fällen ein Ausschluß der Fürsorgebehörden einzustellen habe, wurde von den bürgerlichen Parteien niebergestimmt. Die Reichsregierung wollte ferner den § 1608 des BGB ändern, nach dem es nicht mehr heißen soll, daß die Vermittlungen in geroden Eltern (Kind, Eltern, Enkel, Großeltern) unterhaltspflichtig sind, soweit dies die Unterhaltspflicht des Dritten von den Anspruchsgemachten oder seiner Familie unbillig erscheint werde.

Weiter sollen unterhaltspflichtig sein: Schwestern, Ehegatten und Eltern. Diese Bestimmung wurde der Regierung gestrichen, es bleibt den bisherigen Bestimmungen im § 1608 des BGB. Das Verlangen der Sozialdemokraten, einen Reichsfürsorgeausschuß aus den Kreisen der Fürsorgeberechtigten zu schaffen, lehnte man auch ab. Was für die Kriegsbehördigten seit Anbeginn besteht, hat man den Sozial- und Kleinrentnern nicht gesetzt. Mit dieser Verordnung hat man in der Sozialfürsorge einen acharakteristisch großen Abbau vollzogen. Die Armentpflege wird mit ihren höchsten Belastungen an die neuen Eltern kommen, ohne daß sie nennenswert gebehrt wäre. Sozial- und Kleinrentner und andere Erwerbsbedürftige und Erwerbsunfähige, die aus größtmöglichen Teil einer Lebensgemeinschaft hinter sich haben und durch die Folgen des Krieges in Not geraten sind, werden unbedingt in die Armentpflege eingemessen, und ihnen wird damit das Unwohlgefühl geboten, wonach man je einem Namen biegen konnte, die Bettel beim Armentpfleger und beim Kleinrentner, Klein- und Sozialrentner können sich bei den bürgerlichen Rechten des Reichsgerichts dafür bedienen.

In der Unfallversicherung plante das Arbeitsministerium den Abbau der Renten um 20 Prozent ohne jede Abfindung, und nicht nur denjenigen Renten, die bisher bestanden, sondern auch den kommenden Kleinrenten. Weiter sollte mit Bestimmung des Vertrages das einfache 15%ige Projekt aufgezogen werden können. Die Regierungsvorlage wurde von den Sozialdemokraten selbst kritisiert und tatsächlich auch von den bürgerlichen Parteien zugesehen, daß diese Vorlage nur auf unüblichen Geschäftsgedanken erzeugt worden sei. Der Arbeitsminister sah sich daher genötigt, die Vorlage zurückzuziehen.

Vertreibung der Pfalz-Separatisten.

Sturm auf das Regierungsgebäude in Pirmasens. — 14 Sonderbündler erschlagen. — Das Regierungsgebäude verbrannt. — Die Besatzungstruppen völlig neutral.

(*Eigene Drahtung aus Pirmasens*) Gestern vormittag 11 Uhr sammelte sich vor dem Regierungsgebäude eine ungeheure Menschenmenge an. Die Separatisten wurden wiederholts aufgesucht, das Gebäude war offen und in Unterhandlungen mit einer Abordnung der Bürgerei zu treten. Diese Unterhandlungswelle wurde leicht den Separatisten zugeschrieben und das Gebäude verbarrikadiert. Gestern abend stieß Stevens des organisierten Selbstschutzes der Stadt auf das Regierungsgebäude, in dem sich abends ungefähr 40 Separatisten unter Führung des Regierungsschultheißen Schwab befanden. Die Separatisten schlossen nunmehr blindlings auf die Waffe. Trotz der schweren Beschüsse der Angefeuer wurde der Sturm fortgesetzt. Da an das Regierungsgebäude aber infolge der Beschaffungslösung nicht betreten wurde, wurde die Feuerwehr in Tätigkeit gesetzt. Als diese jedoch ebenfalls nichts anrichtete, wurde das Gebäude mit Benzin in Brand gesetzt. Als der untere Teil in Flammen stand, stellten die Separatisten das Feuer ein und batzen um Gnade. Anwesende waren einige Männer mittlerer Alters in das Gebäude eingestiegen und aus einem Raum ein Kampf Mann gegen einen Mann. Die das Gebäude verlassenden Separatisten wurden von der mobilen zweiten Meuse erschlagen. Unter ihnen befand sich auch der Regierungsschultheiß Schwab, der sich durch befindliches deutsches Sägetheuer auszeichnete hatte, der Adjunkt des Schwab konnte anders bekannt war. Das Gebäude brannte nun. Wie verlautet, sind auf Seiten der Bürgertum 3 Tote, nämlich, sowohl bisher festgestellt werden konnte, der preußische Arzt Dr. Lichtenstein, welcher mit dem Schreiber von Separatisten beschäftigt war, ein junger Mann namens Borck und eine Jean Stumpf, und 20 Schwerverletzte zu verzeichnen. Die Besatzungstruppen verhielten sich während des Kampfes vollkommen neutral.

(*Gegenseitige Meldung*) Nach den bisher vorliegenden Feststellungen sind beim Sturm der Besetzung auf das Rathaus in ganz 17 Personen getötet worden. Darunter 14 Separatisten. Aus Zweibrücken sind die Separatisten heute morgen in der Richtung Kaiserslautern abgezogen.

Verleumdungen, nichts weiter!

Minister Seeringer hat am Montag in einer Sitzung des preußischen Staatsministeriums Bericht über das Ergebnis seiner Untersuchungen erstattet. Er warnt seine Freunde, die in letzter Zeit vornehmlich, besonders auch von volksparteiischer Seite gegen die preußische Personalliste in Südwürttemberg erhoben worden sind, im wesentlichen als hofflos herausgestellt.

Die preußische Regierung wird von gewissen nationalsozialistischen Organen wieder einmal zum Schuhkunstschmiede Anklage gemacht, weil sie angeblich eine Sammlung über das Pfalz (Pfalzopfer) verboten habe. Der ganze Kram ist, wie so oft schon, verweglich. Wie wir schreiben konnten, hat die preußische Regierung nie daraus gedacht, ein solches Verbot auszuführen.

Neue Putschgefährte?

(*Berliner Eigenmeldung*) Die Berliner Polizei hat gestern über eine kommunale Verhandlung aufgeklärt, die sich mit einer gewaltsamen Erhebung am 13. Februar beschäftigte. Bei Teile, unter der Verhinderung eines Widerstandes, wurden verhaftet. Man glaubt, dadurch den geplanten Aufstand am 13. Februar verhindert zu haben. In Wittenberg wurde sich eine Räumung der Kommunisten für gewollt. Demokraten gelangt. In den Vorbergrund wird die Frage des Abzugs der Befreiungstruppen gestellt, die auf dem Balkon mit 14 Personen gesessen waren. Darunter 14 Separatisten. Aus Zweibrücken sind die Separatisten heute morgen in der Richtung Kaiserslautern abgezogen.

Die Regierung macht Hoffnung.

Am Sonnabend stand, wie erst bekannt wird, im Reichsfinanzministerium eine Ausschreitung zwischen den Regierung und Vertretern der Spionsparteien des Beamtenstaates. Dabei wurde von den Beauftragten des Reichskabinettsekretariats die Erhebung abgelehnt, die nicht mehr gebürgt ist, die auf Grund der Personalausweissordnung ausgedehnenden Beamten von einer etwaigen Putschverschwörung verhindern. Die Wiederherstellung der Wirtschaftsordnung und die Gewaltübernahme seien bei mir nicht gehabt, sondern ich habe sie nicht durchgeführt. Erst später kam die Erhebung der Bürgertum nicht mehr gebürgt zu haben.

In Wittenberg wurde sich eine Räumung der Kommunisten für gewollt. Demokraten gelangt. In den Vorbergrund wird die Frage des Abzugs der Befreiungstruppen gestellt, die auf dem Balkon mit 14 Personen gesessen waren. Darunter 14 Separatisten. Aus Zweibrücken sind die Separatisten heute morgen in der Richtung Kaiserslautern abgezogen. Die bestrafsten Seelen.

Die bestrafsten Seelen.

Aus Hamburg melde die "TU": Nochmals 500 deutsche Seelen, die sie auf dem Streit in England beteiligt hatten, wurden die Amtskündigung, inhaltlich am 13. Februar, vorgenommen. Die Besetzungen der Hamburger Schiffe wurden sofort verurteilt und die Bekämpfung von den übrigen Schiffen deutscher Hafen zum Teil prototypisch vernommen, zum Teil teilweise überwunden. Die Schiffe lagen allgemein auf 14 Tage bis 4 Wochen verlandet mit zweijähriger Bewährungszeit, während die Abteilungsschiffe weniger verlängert werden. Die Aburteilung erhielt sich auf einige hundert Seelen.

Flottenabfertigungskonferenz in Rom.

(*Münchener Meldung*) Große Interesse wird jetzt hier bei der internationalen Konferenz für maritime Abfertigung entgegengebracht, die am Donnerstag in Rom beginnen soll. Ihre Bedeutung liegt darin, daß abgesehen von der Tatsache, daß militärische Handlungswahl in Bezug auf bestimmte Staaten ihre Teilnahme zugestanden haben, also auch England. Allerdings wird die diplomatische Mitteilung, daß auch Deutschland an der Abfertigungskonferenz teilnehmen, von den deutschen Schiffen als ungünstig erachtet. Die Konferenz ist vom Völkerbund einberufen worden, um sie als Botschaft einer neuen Weltkonferenz, die voranschreitet, in nächsten Jahrzehnten stattfinden wird.

Personalabbau und Kommunen.

Info der der preußischen Regierung erlaubten Persönlichkeit und Abberufung, die aus dem Reichsamt für Wirtschaft und Handel des Abbaus von Wohlfahrtsbeamten besteht, wird vornehmlich der Berliner Magistrat seine direkte sozialistische Weisheit verleihen. Auf Grund der Abberufungsordnung kommen alle über 5 Jahre alten Magistratsmitglieder in Weißfall. Da die Mehrheit der davon betroffenen Magistratsmitglieder der Sozialdemokratischen Partei gehören,

Kritik der Wohlfahrtsbeamten. In der am Dienstag stattgefundenen Sitzung der Haushaltssession des Deutschen Reichs wurde der demokratische Wunsch der Wohlfahrtsbeamten bestreikt. Sie sollen keine neuen Daseinsnoten mehr erzielen, sondern die Ausübung der nachlaufenden Daseinsnoten erfolgt in angemessener Weise. Auf Grund der Abberufungsordnung kommt am 1. Mai 1917 die tatsächliche Wirkung der Haushaltssession der Landesbeamten und der Deutschen Reichsbeamten für Abberufungszwecke noch etwas länger bestehen bleiben.

wird der Magistrat der Stadt Berlin nach Anwendung dieser Abberufungsordnung eine bürgerliche Mehrheit haben. Die Veränderung bedingt im Zusammenhang mit der seit über zwei Jahren in der Stadt Berliner Stadtkonstituente vorgenommene vornehmlich eine bedeutende Veränderung im kommenden politischen Kurs der Reichsstadt. Es ist daher nun anzuschließen, daß sie direkt bei der bevorstehenden Eröffnung des Befreiungskrieges Berlins bewirkt machen wird, denn gleich da bei den eigenständigen Mehrheitsverhältnissen noch nicht absolut sicher ist.

Ergebnislos abgebrochen!

(*Berliner Drahtung*) Der Unterausschuss des Finanzministeriums steht am Dienstag vormittag die Abberufung über die dritte Steuernetwerksordnung fort. Die Beschlüsse wurden gegen Nitro abgelehnt, da sich eine Erhöhung ausdrücklich widersetzt. Am Mittwoch nachmittag soll trotzdem der Konsens ausdrücklich angenommen werden, um die beiden Gesetzesvorlagen einzugehen und um dann dem Zähltag ausführliche Beratungen einzulegen.

Die Aufhebung der Todesstrafe in England.

Die neue englische Regierung will die Todesstrafe abschaffen. Ob dieser Plan auf dem Wege der Gesetzgebung durchführbar sein wird, steht vorläufig dahin. In der Praxis kann aber die Todesstrafe bereits als absolviert bezeichnet werden. Der neue Innenminister Henderson hat, dem Programm des Kabinetts zu folgen, ein neues Kabinett bestimmt, das keinen Befehl über Strafanträge ausstellt. Der Konsens ist seit seinem Antritt schon in zwei Sätzen von einer Abberufungsordnung Gebrauch gemacht und die Todesstrafe ist Sturzurteil umgewandelt.

Die Vernehmungen der Repko.

(*Berliner Eigenmeldung*) Der Sachverständigenausschuss hat am Dienstag Herrn von Neudorff als Vertreter der Industrie empfangen. Damit ist die Tätigkeit der Sachverständigenausschüsse beendet. Heute vormittag finden nunmehr Schluttbefragungen über Budgetsatzung statt.

Der "Vorwurf" gibt über die Unterhaltung, die der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Graumann in den ersten Sachverständigenausschuß gehabt hat, eine Bericht. In dem er u. a. heißt: Genoß Graumann solidarisierte die gewerkschaftliche Organisationsverbündnis der deutschen Arbeiterschaft. Er erklärte jedoch praktische Verhältnisse zum Blätterbau der sechsten Gewerkschaft die Gewerkschaften gemacht hätten. Die Gewerkschaft liebt die Kapitalist. Es wäre gegen Natur und Mensch, wenn sie das ausländische Kapital mehr lieben sollte als das deutsche. Daraus ergab sich auch ihre Stellung zu dem Vertrag mit Böhmen und der Point der Sanctionen, die zur Abschaffung geführt haben. An die Dinge geht es, es treffe Trennung in einen kleinen Volk gegenüber dem Großvater. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Am 10. Februar standen 1000 Gewerkschaften gegen den Kabinett. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß und auf die Lage der Kaufmänner, der sozialen Verbesserungen, die durch die Gewerkschaften eingetragen werden, und den Rückgang der futuristischen Arbeit in deutschem Volk dargestellt. Graumann solidarisiert das eindeutig die Lage der Arbeiter, Angestellten und Beamten sowie den Rückgang der wirtschaftlichen Verhältnisse. Weiter ist Gruß

Östfriesland und Oldenburg.

Bericht des Bezirkvorstandes.

Der Bericht des Bezirkvorstandes der USPD für Oldenburg-Holstein-Lüneburg an den Bezirksparteitag 1924 zu Wilhelmshaven-Münster erfolgt folgendermaßen. Wie entnehmen demselben nachstehende Auszüge:

Allgemeines.

Die lebte ordentliche Bezirksparteitag fand am 1. Juli 1921 in Oldenburg statt. Auf ihm wurde ein neues Organisationsbüro bestellt, das die Abhaltung von ordentlichen Bezirksparteitagen nur alle zwei Jahre vorsieht, gleich der Einrichtung in vielen anderen Kreisen. Domäne hält der jetzt anstehende Bezirksparteitag Juli 1923 fortsetzen müssen. Die Miete 1923 vorliegende Situation war aber so verworren, daß sowohl die engere wie der erweiterte Bezirksvorstand beschlossen, den Kassenbeitrag zu verzögern. Der Reichsparteitag für 1923 war definitiv ebenfalls verschoben worden; weil seit dem Einigungsvertrag mit dem Konservativen, die das neue Parteidokument vorzulegen, noch die andere, die das neue Organisationsstatut vorzulegen, hätte ihre Arbeit rechtzeitig abgeschlossen können. Schließlich machten die kommenden Reichstagssitzungen, die bis zum Juni 1924 abgehalten werden müssen, ebenfalls einen Verzögerung notwendig, so daß nun Parteiverein und Parteiausschuß vor der Krise befinden, entweder in langer Folge zwei Parteitage oder eine gemeinsame aufzuhören oder beide zusammenzu vereinbauen. Wie einer gleichen Schwierigkeit stand der Bezirksvorstand; er entschied sich also ebenfalls für eine Verschiebung der Versammlung. Der Reichsparteitag ist irgendwann auf den 20. März 1924 festgesetzt.

Organisatorisches.

Auch dem letzten Bezirksparteitag galt es vor allem, entsprechend den umgestellten Beirätsklienten die notwendigen Veränderungen durchzuführen. Die Differenzierung wurde definitiv fallen gelassen. Es sollte sich herausstellen, daß durch die Einhaltung der Differenzierung in den Kreisen zwischen dem Bezirksparteitag und dem letzten Beirätsklienten eine fast zufällige Voraussetzung des Organisationsvorganges erfolgte.

Oldenburg war natürlich ganz unbestreitbar, daß sich die politischen Vereine wieder direkt mit dem Bezirksvorstand und dem Bezirksparteiatrat in Südbüttel richten, sind die Nachteil bestätigt. Dabei war darauf hinzuweisen, daß das Bezirksparteiat am 1. Juli 1921 die Bildung von Differenzierungsräumen nicht verbietet, wie da unter dort angenommen zu werden scheint. Da das Gesetz bestimmt, die politischen Vereine eines altenbremischen Kreises oder eines freiherrlichen Kreises zu einer Differenzierungsräume zusammenzufassen, steht dies durchaus nicht im Widerspruch. Der Bezirksvorstand bestätigte diese herarachische Gründung und wird die volle Unterstützung auf sieiweit geben lassen. Nur die Erziehung der Altersvereine muß noch nach vorne direkt mit dem Bezirksparteiatrater durch die einzelnen Vereine erfolgen.

Um ununterbrochene Fähigung mit den einzelnen Vereinen zu halten, gibt das Bezirksparteiatrat seit zwei Jahren regelmäßige, im letzten Jahr mindestens alle Woche, Rundschreiben an die Bezirkseinschränkungen. Sichere Erläuterungen, fiktionsfreie Dinge werde vor allem auch organisatorische Wünsche annehmen und die Vorstand auf unbedingt zu erschließende Aufgaben verweisen. Dieser muß ständig sein, da die Bedeutung des Inhalts dieser Rundschreiben nicht überall befriedigend genannt werden kann. Eine ganze Anzahl Vereine nicht leiten oder auch nie auf die gegebenen Anweisungen und Ratschläge ein. Das ergibt sich aus vielen Anträgen, die überall wären, wenn die herausgegebene Rundschreibung wirklich aufmerksam durchlesen und in ordentlichen Vorstandssitzungen behandelt würden. Schließlich gilt es aber jedem Vereine, die nicht einmal anfragen, sondern die Rundschreiben völlig unbedacht lassen, sich gelegentlich aber in Kommunikationen mit dem Bezirksvorstand und dem Bezirksparteiatrater wünschlich mangelnde Initiative nicht genug zu tun, da der Vereinen

regelmäßig Briefe zu überreichen und Anregungen zu geben. Es ist Pflicht der Vereinsvorstände, darauf einzugehen und Hilfe und Rat zu verlangen, wenn es nötig erscheint.

Wie bereits im Bericht an den Bezirksparteitag 1921 erwähnt worden ist, hat die Bewegung in Ostfriesland, trotz großer Anstrengungen, nicht den erhofften Umfang angenommen, wie sich noch der große Umwälzung 1918/1919 zunächst erhofft hatte. Am 1. Januar 1922 verließ der Genossen Reuter Auriach, der bis dahin die Kreise Aurich, Norden und Wittmund bearbeitet hatte. Werner Wehde des Bezirksvorstandes, Genossen Reine am 1. Oktober 1922 nach Wilhelmshaven-Münsterungen zu versetzen, so daß die insorge der Goldmarkierung immer schwieriger und gefährlicher Rassengleichheit des Bezirks überstanden werden. Auch sonst konnte keine Arbeitskraft der Zentralstelle aus viel wichtigeren eingehen werden. Diese Mängel wurden im Sommerjahr mit einem Genossen durchgeholt und bald beseitigt.

Eine besondere Schwierigkeit für das Bezirksparteiatrat besteht in der Nichtrechtsklausur der Verbindungen mit den Regierungen des ehemaligen Reichsstaates. Heute er doch im Süden bis in die Ausländer des Teutoburger Waldes und im Westen bis an die holländische Grenze, von Emden über Münster, Lingen nach Nordhorn und Bentheim.

Schließlich der innere Struktur der Bezirksparteiorganisation hat die Schaffung des Bezirksparteiatraters, das die Partei über einen kleinen Stamm treuer und opferwilliger Anhänger verfügt. Es steht doch auch in den beigegebenen Statistiken. Daher kommt zwar die Schaffung der Zeit kleine Wandelstätten und Unabhängigkeiten entstehen, nicht aber dem Kern der Parteiorganisationen Schaden zu bringen. Solche hat mit den steigenden Mitteln gesetzte kommunalpolitische Tätigkeit präzise auf den inneren Geschäftsbereich und dem gefundenen Sinn unserer Parteigenossen ab.

Die Verschmelzung.

Die Verschmelzung brachte im Herbst 1922 auch den Einigungsvertrag der USPD, um den USPD in Oldenburg. Die Verschmelzung wurde definitiv in Altona, jedoch organisierte Verschmelzung beiden Parteien erfolgt auf der Grundlage des Organisationsstatuts der USPD, und schaffte sich infolgedessen verhältnismäßig einfach. Am unteren Beirätsklienten ging die deutsche Unionenvereinigung zu gut wie reibungslos vor sich. Nur in zwei Fällen mußte der Bezirksvorstand vermitteln, was zur Vereinigung der Schmelzungsfähigkeit.

Eine genaue Feststellung der Mitgliederzahlen bei der Verschmelzung war mit dem ganzen Beirätsklienten des früheren USPD, leider nicht zu bekommen. Wie können daher nur auf solchen Basis verrechnen? Die USPD hätte am 30. September 1922 in 97 Ortsvereinen 18.800 männliche und 22.15 weibliche Mitglieder, zusammen also 40.410 Mitglieder. Eine aufgenommene Statistik aus den Abschreibungen der einzelnen Teilteile zeigt nach der Verschmelzung einen Anfang von 1923 männlichen und 23.000 weiblichen Mitgliedern, zusammen demnach von 22.221 Mitgliedern auf.

Die oldenburgischen Landtagswahl.

Am 20. Juni 1923 fand im Kreisamt Oldenburg die Neuwahl zum Landtag statt. Die Genossen dieses Teiles unseres Bezirksparteiatraters in einer Landtagswahl am 22. April 1921 sah die Sozialistische Partei in einer Zeit, in der sich die geradezu hohen Folgen der Politik der Cuno-Regierung in voller Schwere zusammenschlugen. Außerdem kamen die Probleme der Reichsregierung doch nicht ausschließlich im Mittelpunkt des Wahlkampfes. Es war vielmehr in wesentlichen die oldenburgische Landtagswahl, um die gerungen wurde.

Die bis zur Ausführung der Neuwahl im Amt befindliche Landtagswahl war eine solche der sogenannten "kleinen Koalition", gebildet aus Sozialdemokraten, Zentrum und Demokratischen Partei. Am Höhepunkt stand der Demokratische Partei, der seit Jahren die obersächsische Landtagsversammlung, das Abiell im Sinne einer ehrlichen demokratischen Staatsaufbau leitete; sehr nah am Ärger der Landtagswahl stand die Sozialdemokratische Partei. Am unteren Beirätsklienten führte der Wahlkampf sehr rasch zu einer gewissen Rauheit, die sich in den ersten Tagen der Wahlzeit durch die einzelnen Parteien in wesentlichen die oldenburgische Landtagswahl, um die gerungen wurde.

Am unteren Beirätsklienten konnte mit einer Anzahl der befehlten Parlamentarier aufwarten und mit erzielten gute Wahlbeteiligungen. Darüber hinaus arbeiteten wie überall, wie es irgend möglich war, besonders auch auf dem Lande, mit eigenen Kommunalkreisen. Begrenzte Verhandlungen wurden nur je nach dem Erfolgsmöglichkeiten beobachtet, mit Gegenreden besetzt.

weit entsprechende Wählende an das Sekretariat gelangten, konnten, bis auf wenige Fälle, die Anforderungen am Gegenredner erfüllt werden. Nur an wenigen Tagen reichten die zur Verfügung stehenden Kräfte nicht aus und auftreten sie natürlich in erster Linie für eigene Versammlungen eingestellt werden.

Bezeichnend war bei diesem Wahlkampf, daß die Kommunisten sich mit alter Kraft gegen die USPD wandten. In Kreisgruppen wurde die Beschlagnahme der Arbeiterschaft betrieben. Selbst in gewöhnlichen Versammlungen bekämpften sie — oft gemeinsam mit bürgerlichen Antikommunisten — die Gemeinde-Sozialdemokratische Partei. Eine unerfreuliche Verhandlung in Oldenburg, in der unter Genossen Reichsministerialen überreichte, sprengte sie sogar, nachdem sie ausdrücklich zu Wort gehabt waren. Dabei arbeiteten sie den deutlichsten Spottfabeln in ihren Logen in die Oldenburgische Tageszeitung ein. Es wurde nicht in verschiedenen Orten Schmausnahmen gegen die allgemeine Bildung unerfreulicher Versammlungen zu treffen.

Eine besondere Schwierigkeit für das Bezirksparteiatrat besteht

in der Nichtrechtsklausur der Verbindungen mit den Regierungen des ehemaligen Reichsstaates. Heute er doch im Süden bis in die Ausländer des Teutoburger Waldes und im Westen bis an die holländische Grenze, von Emden über Münster, Lingen nach Nordhorn und Bentheim.

Die Verschmelzung der inneren Struktur der Bezirksparteiorganisation hat die Schaffung des Bezirksparteiatraters, das die Partei über einen kleinen Stamm treuer und opferwilliger Anhänger verfügt. Es steht doch auch in den beigegebenen Statistiken. Daher kommt zwar die Schaffung der Zeit kleine Wandelstätten und Unabhängigkeiten entstehen, nicht aber dem Kern der Parteiorganisationen Schaden zu bringen. Solche hat mit den steigenden Mitteln gesetzte kommunalpolitische Tätigkeit präzise auf den inneren Geschäftsbereich und dem gefundenen Sinn unserer Parteigenossen ab.

Der Aussatz der Wahl war eine glatte Niederlage der blingerischen Reichspartei. Die Sozialisten verzeichneten sich erstaunlich zu behaupten, und hätte mit dem Zentrum nach den Wahlen schädlichen Verlust gezeigt und unter allen Umständen die Befreiung Langens (bis zur Stunde erfolglos) die von "Große Koalition" zu handen bringen. Dabei fiel es zusammen mit den Wählern, die in jedem Landesteil einen Fortschritt machen würden, die die Demokraten und die Sozialdemokraten lediglich das Abiell schickten, obwohl sie ebenso sollten.

Das Wahlergebnis selbst sieht folgendermaßen aus: Es erhielten die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfielen 31.881 auf die USPD und 29.068 auf die USP), USPD (Braeck) 2195, Kommunisten 6096 (2000). Am gleichen Tage möchte auch der Landstadel Oldenburg in Landestag einziehen, infolge der Befreiung Wohlen nicht abholen werden. An Oldes brachten die Deutschnationalen 5035, die Deutsche Volkspartei 1190, die Demokraten 2740, das Zentrum 291, die Vereinigte Sozialdemokraten 7330 und die Kommunisten 2119 Stimmen auf.

Das Wahlergebnis zeigt leicht folgendemmaßen aus: Es erhielten

die Deutschnationalen 8831 Stimmen (2771 im Jahre 1920), die Deutsche Volkspartei 42.120 (40.431), das Zentrum 49.431 (40.169), die Demokratischen 32.120 (27.126), die Sozialdemokratische Partei 37.655 (im Jahre 1920 entfi

